Schweinehaltung: Grüne setzen auf tierschutzgerechte Reformen bis 2030!

Die Grünen bringen heute im Nationalrat gesetzliche Anträge ein, um bessere Haltungsbedingungen für Schweine ab 2030 zu garantieren.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die österreichische Landwirtschaft steuert auf eine wegweisende Reform zu: Bis Ende Mai muss eine Lösung für die umstrittene Haltung von Schweinen in Vollspaltenbuchten gefunden werden. Olga Voglauer, Tierschutzsprecherin der Grünen und neu ernannte Generalsekretärin, tritt dafür ein, dass alle Schweine ab 2030 Zugang zu Stroh und Auslauf erhalten. "Die Schweine brauchen endlich Haltungsbedingungen, die ihren Bedürfnissen entsprechen", betont Voglauer. Der Gesetzesantrag sieht vor, dass neue Stallbauten ab Herbst 2025 und bestehende ab 2030 die neuen Standards einhalten müssen. Einzige Ausnahme bilden Betriebe, die während der kurzen Übergangszeit von 2020 bis 2025 umgebaut haben, für die eine Frist bis 2035 gilt, wie auf OTS zu lesen ist.

Energiepreise & Agrarpolitik im Fokus

In der Grünen Partei ist Voglauer ein aufstrebender Stern, der auch nach einer Wahlniederlage an die Spitze gelangte, bestätigt **Die Presse**. Ihre Ernennung zur Generalsekretärin wird als strategischer Schachzug gesehen, um das Kernthema Umweltpolitik in den Vordergrund zu rücken und die Partei zu mobilisieren. Voglauer, selbst Milchbäuerin, kennt die wirtschaftlichen Herausforderungen der Branche aus erster Hand. Die gestiegenen Energiepreise zwingen sie dazu, die

Direktvermarktung ihrer Biomilch einzustellen. "Die Produkte sind einfach zu teuer geworden", so ihre klare Ansage.

Parallel zu den Tierschutzmaßnahmen plant Voglauer Anträge zur Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln in der Gastronomie und zur Förderung fairer Wettbewerbsbedingungen für Landwirte. "Die Herkunftskennzeichnung ist ein wichtiger Bestandteil unseres Pakets, und das sollte für alle einsehbar sein", erklärt sie und fordert mehr Transparenz im Umgang mit Lebensmitteln, um die heimische Landwirtschaft zu stärken. Die Anträge werden heute im Nationalrat eingebracht und sollen in den Ausschüssen für Gesundheit und Landwirtschaft debattiert werden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at
	 www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at